

Schaffung gesetzlicher Grundlagen für ihre Notstandsdictatur hat doch zum Ziel, die demokratischen Rechte des westdeutschen Grundgesetzes durch Zwangsgesetze der Notstandsdictatur abzulösen, wobei sich die über Westdeutschland herrschenden großbourgeoisen Kräfte Vorbehalten, die Notstandsdictatur auch ohne irgendeinen „äußeren Notstand“ in Kraft treten zu lassen. Alles ist so vorbereitet, daß ein mit Recht und Gesetz nicht gerade „pingelig“ umgehender reaktionärer Politiker, und an denen mangelt es in der CDU/CSU-Führung bekanntlich nicht, die Notstandsgesetzgebung als Absprung zur offenen Diktatur benutzen kann. Die jüngste deutsche Geschichte kennt schließlich schon das Beispiel, wie aus „demokratisch“ beschlossenen Notverordnungsrecht der Weimarer Republik schließlich das Hitlersche Ermächtigungsgesetz und die absolute Nazidiktatur wurden.

Der Weg Westdeutschlands führt - so fürchten wir - vom autoritären Staat Adenauer scher Prägung zur formierten Gesellschaft und zur Diktatur. Dabei ist nicht zu übersehen, daß der Prozeß der Wandlung Westdeutschlands zu einem Obrigkeitsstaat schon weit fortgeschritten ist.

Was haben die politischen Vorgänge von 1932 und 1966 gemeinsam?
Die vorbereitete Notstandsverfassung übertrifft die §-48-Diktatur Hindenburg-Brüning-Papen von 1932, die den Weg zur Diktatur bereitete. Wird die Sozialdemokratie die Lehren aus dem Staatsstreich des Herrn von Papen gegen die sozialdemokratische Preußenregierung 1932 ziehen?

Diesmal vollzieht sich der Übergang zur formierten Herrschaft, zur Diktatur in anderen Formen, aber der Inhalt ist der gleiche: Revanchismus wie bei der Harzburger Front und Hitlerpartei - Kampf um Expansion und Vorherrschaft in Europa wie bei der Hitlerpartei - Knebelung der demokratischen Kräfte des Volkes, insbesondere der Gegner imperialistischer Kriegsvorbereitungen - Einschränkung der Rechte der Gewerkschaften mit dem Ziel der Gleichschaltung der Gewerkschaften mit der Politik der formierten CDU/CSU-Führung.

Die SPD steht also vor der Entscheidung, ob sie eine eigene Deutschlandpolitik entwickeln will, mit dem Ziel eines friedliebenden, demokratischen Deutschlands, in dem das Volk bestimmt und nicht die Multimillionäre, eines friedliebenden Deutschlands, das nicht an die imperialistische Politik der CDU/CSU-Führung gebunden ist, jedoch freundschaftliche Beziehungen mit allen europäischen Ländern pflegt.